

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abgabe: Die sechspaltige Korpusgröße 40 Bsp. Kellergasse 60 Bsp.  
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zehnerstraße 10  
bis 10 Uhr morgens bis 9 Uhr Abends und komplizierte Anzeigen  
wägen am vorhergehenden Tage in unseren Läden ein.  
Ersteinstückchen 3 mal mit einer Wochenschein und Freitag,  
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: binnen eines Monats 5,50 RM.  
von unrennen Seiten ins Haus 5,90 RM. und durch den  
Postträger 6 RM. Einzelnummer 15 Bsp.  
Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-  
schäftsstelle, Zehnerstraße 10, auch von unrennen Seiten und allen  
Postanstalten angenommen.

Amliches Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 74 |

Donnerstag, den 24. Juni 1920.

59. Jahrgang

## Der Militarismus von heute.

Daß der französische Oberbefehlshaber Marshal Foch uns Deutschen wenig günstig gesinnt ist, dürfte allgemein bekannt sein. Er ist der Urheber der Forderung, daß Frankreich das linke Schenkel nicht nur für 15 Jahre besetzen solle, sondern dauernd besetzt werden müsse. Zum Marschall wurde nach unrichtiger Meinung gibt der französische Kriegsminister Foch. In jeder Weise, welche er in den Depeschen in Paris hält, ist von dem „bösen Willen“ Deutschlands die Rede, seine aus dem Friedensvertrag von Versailles stammenden Verpflichtungen zu erfüllen. Nach der Meinung des Ministers kann sich das Deutsche Reich auch jetzt noch nicht von seinem Militarismus trennen, weil die Wölfe angedeutet droht und den Weltkrieg verschuldet hat. Daß die Verantwortung für den großen Krieg bei der Entziehungspolitik und bei dem Vernichtungswillen der Entente zu finden ist, steht fest; aber in Paris wird solange uns die Schuld für die fünf Kriegsjahre zugeschoben, bis eine Schiffsladung aus Frankreich veranlaßt, der vollen Wahrheit die Gerechtigkeit zu geben.

Einmal vertritt aber der Kriegsminister eine unerschütterliche Tatsache, welche gerade Frankreich mit dem Vorwurf befaßt, den General Foch: ungeschwächte geistige Deutschland erhebt. Der Herrsche Volk verbündet, zu dem die französische Republik an erster Stelle gehört, macht seinen Mitgliedern die Verpflichtung zur Pflicht. Die französische Sprache wird aber keineswegs abgewirft, sondern sie wird eher verstärkt. Denn wenn der Mannschafstand im Verhältnis zum Jahre 1914 nach der Friedenskräfte von 1920 auch etwas verringert ist, so ist das doch nur Schein. Die ganze Armee von Schwestern, die sich heute noch auf französischen Boden befinden und schwerlich sobald nach Afrika zurückgeschickt werden wird, macht es nicht mehr aus, als das Minimum an neuen Soldaten bezieht. Der Militarismus von heute ist also an der Seine, trotz der Bestimmungen über den Waffenschatz, und er kann auch nicht als berechtigt anerkannt werden als Folge des militärischen Machtstandes Deutschlands.

In Paris will man uns nicht die Arbeit unter den Waffen gestatten 200.000 Mann, die es nicht möglich ist, das nicht entfernt mit den über 850.000 französischen Soldaten (einschließlich der Wehrkräfte) aufzunehmen können. Von der französischen Kriegsmarine von 6 Millionen Mann und den Truppen der Franzosen zur Verfügung stehenden sind beachtlichen Staaten (Belgien, Polen, Tschechien und Spanien) und welche schließlich auf 200.000 Mann mindestens haben, nicht wegen eines angeblichen deutschen Militarismus, sondern aus bitterer Notwendigkeit, sonst würden wir uns diese Aufgabe bei unseren traurigen finanziellen Verhältnissen gewiß herablassen. Aber das geht nicht an, denn die Entente, das Ruhe und Ordnung für uns so notwendig ist, wie das linke Schenkel, ist nach langer Zeit zu weit vorgeschritten, um für die Sicherheit von Eigentum und Arbeit die Weltwehre entstehen zu können. Für das linke Schenkel sind 100.000 Mann schon sehr wenig, und das soll für unsere langgestreckte Grenze im Osten dann übrig bleiben? Gar nichts! Wenn wir die ohne militärischen Schutz liegen, so wäre das für die „politische Welt“ die gleichbedeutend ist mit dem deutschen, deutschfeindlichen Charakter sehr verhängnisvoll, einen Spiegeler über unsere Grenze zu machen und sich im Innern festzusetzen. Ein Vorwand zu einem Schritt würde in Warschau bald gefunden sein. Die Verletzung der linken Grenze mit 100.000 Mann genügen würde, ist noch sehr die Frage, jedenfalls würden 100.000 Mann im Falle der politischen Angelegenheiten genügen sein. Was wir an „Militarismus“ erfahren, ist also bittere Erfahrung. Ein Versuch dieses Reiches bedroht den Wiederanstieg Deutschlands und die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten.

## Das neue Reichskabinett.

Reichskanzler Fehrenbach.

Mit Konstantin Fehrenbach tritt zum ersten Male nach der Revolution ein Bürgerlicher nach Scheidemann, Bauer und Müller an die Spitze der Reichsregierung. Ein Zentrumspolitiker hatte schon vor ihm einmal den Stuhl Bismarcks inne: der vordere Kanzler des Kaisers, Graf Hertling. Fehrenbach erweist sich in parlamentarischen Kreisen des größten Ansehens, als Präsident der Nationalversammlung hat er sich durch seine kluge, feste und oft auch humorvolle Geschäftsleitung große persönliche Sympathien bei allen Parteien erworben. Hiermit und mit seiner großen politischen Erfahrung bringt er Eigenschaften mit, die von guter Bedeutung für sein Wirken in dem so verantwortungsvollen und dornigen Amt des Reichskanzlers sind. Möge es für unser Vaterland erbreitlich sein, somit es eben heutzutage möglich ist.

Konstantin Fehrenbach, geboren am 11. Januar 1852 in Weßlingen in Baden, studierte in Freiburg Theologie und Rechtswissenschaft und ließ sich dort 1882 als Rechtsanwalt nieder. Er nahm an der öffentlichen Leben teil, seit 1884 gehörte er dem badischen Landtag an, von 1907-1913 als dessen Präsident, seit 1903 gehörte er an dem Reichstag an. Aufsehen erregend wurde er durch seine bemerkenswerte Reichstagsrede vom Jahresanfang im Januar 1914, in der er war für den die angegriffenen General Deming eintrat. Als der Reichstagspräsident Dr. Kaempf starb, wurde er im Juni 1918 gegen nur zehn Stimmen zum Reichstagspräsidenten ernannt. Auch die Verfassungsgebende Nationalversammlung bestellte ihn zu ihrem Präsidenten.

Die Zusammenkunft des Ministeriums steht immer noch nicht fest. Als ziemlich sicher kann gelten, daß die Zentrumsminister Gieseler (Krieg), Dr. Girth (Finanzen), Dr. Gemes (Ernährung) und die Demokraten Dr. Koch (Inneres) und Dr. Gieseler (Wehrwesen) General behalten werden. Zum Verkehrsminister ist General Gieseler (Krieg) und die Demokraten Dr. Koch (Inneres) und Dr. Gieseler (Wehrwesen) General behalten werden. Zum Verkehrsminister ist General Gieseler (Krieg) und die Demokraten Dr. Koch (Inneres) und Dr. Gieseler (Wehrwesen) General behalten werden.

## Der Zusammentritt des Reichstags.

Über die erste Sitzung des Reichstages wird mitgeteilt: Der Reichstag wird, wie angekündigt, am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten. Der bisherige Präsident des Reichstages, Herr Kaempf, wird die erste Sitzung durch einen der bisherigen Reichspräsidenten der Nationalversammlung eröffnet werden. Die erste Sitzung hat nur den Zweck, dem Reichstage Gelegenheit zur Konstituierung zu geben. Er wird sich dann auf Freitag verschieben. In der zweiten Sitzung wird die Wahl des Reichspräsidenten stattfinden; außerdem dürfte noch einige neue geschäftliche Angelegenheiten erledigt werden. Dann wird eine Pause bis Dienstag eintreten, um der Nationalversammlung Gelegenheit zu Beratungen zu geben. Erst am Dienstag wird sich das neue Kabinett offiziell mit einer Erklärung des Reichskanzlers Fehrenbach vorstellen.

## Die Konferenz von Pologno.

Die deutsche Frage ist die wichtigste. Die Konferenz von Pologno ist zusammengetreten, aber man hört noch nichts von endgültigen Beschlüssen über die deutsche Entschädigung. Vielmehr scheint England jetzt nach den neuen Meldungen auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Lage im Orient bedauerlich sei, daß man sie zunächst ins Auge fassen müsse. Darauf läßt auch Beneluxes Umwälzung in Pologno schließen. Man will Österreich in dem Osten feste Hand gegen die türkischen Nationalisten geben, andernfalls zieht sich England keine gesamte Mitteleuropäische in der Levante zusammen und sendet starke Truppenverstärkungen nach dem Orient.

## Reichslands Entschädigung

hat man sich allerdings schon geeinigt. Man besteht auf dem Hunderttausend-Mann-er und will Deutschland eine scharfe Note, wegen seiner nicht vollständig durchgeführten Seeresteuerung, wegen seiner „Säugmilch“ und seines „bösen Willens“ senden.

## Über die Entschädigungsfrage

scheint man sich noch nicht geeinigt zu haben. Sie ist offiziell in Rom und nicht abgehandelt worden, trotzdem ist der französische Finanzminister bereits abgereist, weil seine Aufgabe erledigt sei. Nach dem „Reit Parisien“ soll man nur (1) beschließen haben, der internationalen Finanzkonferenz von Brüssel die Emission einer internationalen Anleihe zu empfehlen, deren Band die deutschen Entschädigungen (2) festsetzen. Deutschland soll aber kein Recht daran nicht einbringen, sondern sie sollen nur vorübergehend in die Hand der Alliierten übergeben. Wenn Deutschland in Bezug auf die Auslieferung des Friedensvertrages weiter „bösen Willens“ behaltet, so sollen alle Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, die eventuell zu einer weiteren Verringerung deutschen Gebietes führen würden.

## Polenwillkür und Grenzspende.

Sie polnischen Sabotageverbrechen zur Volkserziehung. Es wird von Tag zu Tag wahrscheinlicher, daß die Polen die Durchreise der deutschen Abtransportberechtigten nach Ost- und Westpreußen durch Sperren des Weichselkorridors verhindern wollen. Zwar bestanden ihnen die internationalen Bezüge eine beträchtliche Blockade, aber sie nehmen zu bürokratischen Schikanen ihre Zuflucht und verschleppen die Verhandlungen. Es mehren sich auch die Anzeichen, daß von polnischer Seite im letzten Augenblick Sabotageakte zu befürchten sind. Dann würden die 200.000 deutschen Passagiere, die ihre Heimat mit dem Schiffsverkehr betreiben wollten, vor verschlossenen Türen stehen. Infolge dessen heißt es, sich nicht von der polnischen Willkür abhängig machen, sondern rechtzeitig dafür zu sorgen, daß der Schiffsverkehr zu dem für die Ostpreußen organisiert wird. Allerdings stehen dem fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen; die deutsche Schiffsflotte reicht kaum aus, um ein Drittel der deutschen Emigranten zu befördern, der neutrale Schiffsraum aber ist geradezu preiszahlig teuer. Doch es hilft nichts, das Opfer muß gebracht werden, denn es gilt die Zukunft der deutschen Ostmark für Jahrhunderte.

Darum ergeht jetzt vom Deutschen Schiffsbund ein Aufruf der Mahnung an alle Deutschen, Mitglieder zu dem Grenzspende zu sein und durch Beiträge für die deutsche Schiffsflotte zu helfen. Jede einzelne Mark wird zur Waffe gegen den polnischen Terror. Bei den ungeheuren Anforderungen des Schiffsverkehrs reichen die verfügbaren Mittel nicht aus; der Regierung aber sind durch den Friedensvertrag die Hände gebunden, sie darf nicht offiziell die Kosten für die Abtransportierung tragen. Deshalb besteht es nun, durch gesteigerte private Hilfsbereitschaft daran mitzuhelfen, daß sich deutsche Staatskräfte und deutsche Kultur östlich des Korridors behaupten dürfen. Die Grenzspende hat schon in Schlesien erfolgreich für die deutsche Sache mitgestimmt, daß Zehntausende an die Wälder ihres Heimatlandes geleitet. Mögen sich jetzt alle Deutschen der Pflicht bewußt sein, zu denen der hilfsbereite Osten sie jetzt aufruft!

## Aus der Ostmark.

Der Deutsche Tag in Marienburg, der am letzten Sonntag stattfand, gestaltete sich zu einer gewaltigen Massenfundung des Deutschen. Über 30.000 Weichselruder nahmen daran teil. Große Eindrücke herrschten bei der gesamten Abtransportierung über die überreichliche Verhaftung des Dr. v. Dostkum, des Leiters der deutschen Zentrals für das Abtransportgebiet, bei einer Durchreise durch den Korridor. Selbst die Internationalisierte Kommission empfand. Ihr Leiter, der italienische Admiral Babla, hat energische Schritte bei der polnischen Regierung unternommen und hofft, Dr. v. Dostkum freizulassen. Die polnische Regierung hat sich jetzt bereit erklärt, die polnischen Abtransportberechtigten durch den Weichselkorridor durchzulassen. Die deutschen, polnischen und österreichischen Eisenbahnvertreter unterhandeln darüber noch in Warschau.

## Dur Lage.

Der Steuerabzug vom Lohn. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Es sind Gerüchte im Umlauf, wonach im Reichsfinanzministerium zum Zwecke der Umgehung des Lohn- und Gehaltsabzugs Veranschlagung von Löhnen und Gehältern erfolgen soll. Diese sind so beschaffen wie blumige Verabredung steht, daß ihre Verwirklichung die wichtigsten Bestimmungen gar nicht kennen. Solche Steuerumgehungsvorhaben sind gesetzlich absolut unzulässig. Ein Arbeitgeber, der solche Verträge machen würde, ist nach dem Einkommensteuergesetz straflich haftbar und macht sich überdies der Steuerhinterziehung schuldig. Die Behörden der einzelnen Bezirke werden im Falle solcher Verordnungen demgemäß rechtlich und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

## Die Ergebnisse der Groß-Berliner Gemeinderatswahl.

Die beiden sozialistischen Parteien zusammen werden also im neuen Groß-Berliner Parlament über die absolute Mehrheit verfügen. Sie haben am

Partei	Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	203.960
Deutsche Volkspartei	267.011
Zentrum	61.247
Deutscherdemokratische Partei	115.391
Christlich-sozialistische Vereinigung	85.980
Sozialdemokratische Partei	439.252
Unabhängige sozialistische Partei	638.716
Freiwirtschaftliche Partei	100.000
<b>Gesamt</b>	<b>1.792.568</b>







# Wöchentliches Anzeiger

für Tendorf

und Umgegend



Kostenpreis: Die sechsgehaltene Korpuszelle 40 Fig. Reflamzelle 60 Fig.

Abgabensatzung in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zelterstraße 10  
in Tendorf, den 9. Juni. Drucker und Kompositoren Anzeigen  
müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erstmal erscheinen 3 mal und nur 10-12 Uhr, danach und Freitag,  
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Wochenfristiger Bezugspreis: durch unsern Verlagsstellen 5,50 RM.  
von unsern Boten ins Haus gebracht 5,90 RM. und durch den  
Einzelhändler 6 RM. Einzelnummer 15 Fig.

Wochenfristige und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-  
schäftsstelle, Zelterstraße 10, auch von unsern Boten und allen  
Postanstalten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Tendorf.

No 74 |

Donnerstag, den 24. Juni 1920.

59. Jahrgang

## Der Militarismus von heute.

Daß der französische Oberbefehlshaber Marchal  
nach uns Deutschen wenig günstig gesinnt ist, dürfte  
allgemein bekannt sein. Er ist der Urheber der For-  
derung, daß Frankreich das Rinde abnehmen nicht nur  
für 15 Jahre besetzen solle, sondern dauernd behal-  
ten müsse. Dem Marchal nichts nach an unfreundlicher  
Gesinnung gibt der französische Kriegsmilitär-  
Anführer, welcher er in der Deputiertenkammer in  
Paris hält, ist von den „höflichen Willen“ Deutschlands  
die Rede, seine aus dem Friedensvertrag von Versail-  
les flammenden Verpflichtungen zu erfüllen. Nach der  
Meinung des Ministers kann sich das Deutsche Reich  
auch jetzt noch nicht von seinem Militarismus trennen,  
welder die Wälder angeht, bedroht und den Befehlen  
nachgeben muß. Daß die Verantwortung für den gro-  
ßen Krieg bei der Entretungspolitik und bei dem  
Bermittlungsversuchen der Entente zu liegen ist, steht fest.



Es ist noch lange nicht so weit vorgeschritten, um für  
die Sicherheit von Eigentum und Arbeit die Weisung  
auszusprechen zu können. Für das weite Reichs-  
gebiet sind 100 000 Mann schon sehr wenig, und was  
soll für unsere langweiligeren Grenzgebiete im Osten dann  
übrig bleiben? Gar nichts! Wenn wir die ohne militä-  
rischen Schutz lassen, so wäre das für die „poli-  
tische Seele“, die gleichbedeutend ist mit dem politischen,  
deutschfeindlichen Gerede sehr verhängnisvoll, einen Pa-  
sterngang über unsere Grenze zu machen und sich im  
Inlande festzusetzen. Ein Vormarsch zu einem Schritt  
würde in Warschau bald gefunden sein. Da die Ver-  
zögerung der östlichen Grenze mit 100 000 Mann genügen  
würde, ist noch sehr die Frage, jedenfalls würden  
100 000 Mann im Entschleife dem politischen Angebot  
nicht gewachsen sein. Was wir an „Militarismus“  
erfahren, ist also bittere Erfahrungswort. Ein  
Vertrag dieses Bedrücktes bedarf der Wiederan-  
bau Deutschlands und die Erfüllung seiner Ver-  
pflichtungen. Wm.

## Das neue Reichstabinett.

Konstantin Fehrenbach tritt zum ersten  
Male nach der Revolution in die Regierung ein. Er ist  
demnach, Bauer und Müller an die Spitze der Reichs-  
regierung. Ein Zentrumspolitiker hatte schon  
vor ihm einmal den Stuhl Bismarcks inne: der  
vorige Kanzler des Kaisers, Graf Hertling. Fehren-  
bach erhebt sich in parlamentarischen Kreisen des größten  
Ansehens, als Präsident der Nationalversammlung  
hat er sich durch seine Tatkraft, seine und oft auch humor-  
volle Geschicklichkeit große persönliche Sympathien  
bei allen Parteien erworben. Hiermit und mit seiner  
großen politischen Erfahrung bringt er Eigenschaften  
mit, die von guter Vorbereitung für sein Wirken  
in dem so verantwortungsvollen und wichtigen Amte  
des Reichskanzlers sind. Möge es für unser Vaterland  
erwünscht sein, soweit es eben heutzutage möglich ist.

Konstantin Fehrenbach, geboren am 11. Januar  
1852 in Weidenberg in Bayern, studierte in Freiburg  
Theologie und Rechtswissenschaft und ließ sich dort  
1882 als Rechtsanwalt nieder. Er trat 1884 in die  
österreichische Armee ein, wurde 1884 gefangen und  
in den Kärntner Gefängnis in Wien inhaftiert. Seit  
1903 gehört er ununterbrochen dem Reichstag an.  
Allgemein bekannt wurde er durch seine bemerk-  
ten Reichstagsreden zum Jahresfall im Januar  
1914, in der er gegen die von ihm angeführten  
General Deimling eintrat. Als der Reichstagspräsi-  
dent Dr. Kaempf starb, wurde er im Juni 1918  
gegen nur zehn Stimmen zum Reichstagspräsidenten  
ernannt. Auch die Reichsversammlung Nationalver-  
sammlung bestellte ihn zu ihrem Präsidenten.

Die Zusammenlegung des Ministeriums  
steht immer noch nicht fest. Als zunächst sicher kann  
gelten, daß die Zentrumsmänner Giesberts (Wost),  
Dr. Völk (Hannover), Dr. Hermes (Erdbrunnung)  
und die Demokraten Dr. Koch (Zürich) und Dr.  
Hörner (Weimar) bleiben werden. Zum Reichs-  
minister für Inneres wird wohl der Christ-  
liche Gewerkschaftsleiter, letzte preussische Wohlfahrts-  
minister Eberwald übernommen. Die deutsche  
Volkspartei will als parlamentarischen Minister Dr.  
Heine (Augsburg) und Dr. W. B. (Erfurt) (Schwarz)  
angeben, an deren Stelle sie einen Nachmann als Reichs-  
minister ernennen wollen, doch hat sich hierfür noch  
niemand gefunden. Generaldirektor Dr. Wiedfeld  
von der Rump A.G., sowie der Hamburger Bankier  
Dr. Meißner haben bereits abgelehnt. Neben diesen  
Ministerium macht die Bewegung des Außenministeriums  
die größten Schwierigkeiten, auch hierfür sucht man nach  
einem Nachmann und findet keinen. Man hofft, daß der  
Wittnachs die definitive Lösung der Sache bringt.

Der Eintritt des Reichstages.  
Über die erste Sitzung des Reichstages wird mit-  
geteilt.  
Der Reichstag wird, wie angekündigt, am Don-  
nerstag, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten. Da der  
bisherige Präsident zum Reichskanzler ernannt ist, wird  
die erste Sitzung durch einen der bisherigen Reichsprä-  
sidenten der Nationalversammlung eröffnet werden. Die  
erste Sitzung hat nur den Zweck, dem Reichstage Ge-  
legenheit zur Konstituierung zu geben. Er wird  
sich dann auf Freitag verlagern. In der zweiten Sitzung  
wird die Wahl des Präsidenten stattfinden; außerdem  
dürften noch einige rein geschäftliche Angelegenheiten  
erledigt werden. Dann wird eine Pause bis Dienstag  
einhalten, um der Nationalversammlung Gelegenheit zu Beratun-  
gen zu geben. Erst am Dienstag wird sich das neue  
Reichstagsmitglied mit der Erklärung des Reichskanz-  
lers Fehrenbach vorlesen.

## Die Konferenz von Tsoulagne.

Die deutsche Frage nicht die wichtigste.  
Die Konferenz von Tsoulagne ist zusammengetreten,  
aber man hört noch nichts von ernstlichen Verhandlungen,  
über die deutsche Entschädigung. Vielmehr scheint Eng-  
land jetzt nach den neuen Verhandlungen auf dem Stand-  
punkt zu stehen, daß die Frage im Orient beratend  
stehend sei, daß man sie zunächst ins Auge fassen  
müsse. Darauf läßt auch Benzelos Arbeit in  
Tsoulagne schließen. Man will Griechenland in Klein-  
Asien seine Hand gegen die türkischen Nationalisten  
geben, andernfalls läßt auch England sein gesamte  
Militärmacht in der Levante zusammen und sendet  
starke Truppenverstärkungen nach dem Orient.

## Reichsfinanzminister Entschlossenheit

hat man sich allerdings schon geeinigt. Man besteht  
auf dem Hunderttausend-Mann-er und will Deutsch-  
land eine starke Note, wegen seiner nicht vollständig  
durchgeführten Herabverminderung, wegen seiner „Säu-  
migheit“ und seines „höflichen Willens“ senden.

## Reber die Entschädigungsfrage

scheint man sich noch nicht geeinigt zu haben.  
Sie ist offiziell in Tsoulagne noch nicht besprochen  
worden, trotzdem ist der französische Finanzminister  
sicher abgesehen, weil seine Aufgabe erledigt sei. Nach  
dem „Reich Parisien“ soll man nur (1) beschließen  
haben, der internationalen Finanzkonferenz von Brüssel  
die Emission einer internationalen Anleihe  
zu empfehlen, deren Zweck die deutschen Ein-  
künfte (1) sein sollen. Deutschland soll aber kein  
Recht daran nicht einbringen, sondern nur  
vorübergehend in die Hand der Alliierten übergeben.  
Wenn Deutschland in Bezug auf die Auszahlung des  
Friedensvertrages weiter „höflichen Willens“ beharrt,  
so sollen alle Zwangsmaßnahmen ergriffen werden,  
die eventuell zu einer weiteren Verletzung deut-  
scher Gebiete führen würden.

## Polenwörter und Grenzspende.

Die polnischen Sabotageversuche zur Volkserhebung.  
Es wird von Tag zu Tag wahrheitsgemäßer, daß die  
Polen die Durchreise der deutschen Abfuhrberech-  
tigten nach Ost- und Westpreußen durch Sperrung des  
Weichselkorridors verhindern wollen. Zwar ver-  
schieben ihnen die internationalen Bezüge eine be-  
tragsmäßige Modifikation, aber sie nehmen zu unrentablen  
Schiffen ihre Zustände und verschleppen die Be-  
schlagnahmungen. Es müßten sich auch die Angelegen-  
heiten der polnischen Seite im letzten August die Sabotage-  
akte zu befähigen sind. Dann würden die 200 000  
deutschen Walfahrer, die ihre Heimat mit dem Stimm-  
zettel verließen wollten, vor verschlossenen Türen  
stehen.  
Inzwischen heißt es, sich nicht von der pol-  
nischen Politik abhängig machen, sondern rechtzeitig  
dafür zu sorgen, daß der Schiffstransport über die  
Ostsee ungestört organisiert wird. Allerdings ste-  
hen dem fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen;  
der deutsche Schiffraum reicht kaum aus, um ein Drit-  
tel der deutschen Einwanderer zu befördern, der neutrale  
Schiffraum aber ist geradezu phantastisch teuer. Doch  
es gibt Mittel, das Deutschland muß gebrauchen, denn  
es gilt die Zukunft der deutschen Ostmark für Jahr-  
hunderte!

Darum erhebt jetzt vom Deutschen Schutzbun-  
den der Mahnung an alle Deutschen, Mitwirkende an dem  
großen Werk zu sein und durch Beiträge für die  
Grenzspende die große Abfuhr ins ostpreu-  
sische Samland zu ermöglichen. Die Beschlagnah-  
men der Ostsee sind zur Beschlagnahme der polnischen  
Zerstörer. Bei den ungeheuren Anforderungen des Schiff-  
transportes reichen die verfügbaren Mittel nicht aus;  
der Regierung aber sind durch den Friedensvertrag  
die Hände gebunden, sie darf nicht offiziell die Kosten  
für die Abfuhr von Ostpreußen tragen. Deshalb heißt  
es nun, durch gelegentliche private Hilfsaktionen daran  
mitzuhelfen, daß sich deutsche Staatsbürger und deutsche  
Kultur östlich des Korridors behaupten dürfen. Die  
Grenzspende hat schon in Schweden erfolgreich für die  
deutsche Sache mitgekämpft, hat Zehntausende an die  
Mahlurne ihres Heimatlandes geleitet. Mögen sich  
jetzt alle Deutschen der Pflicht bewußt sein, zu denen  
der Hilfsleistung Osten sie jetzt aufruft!

## Aus der Ostmark.

Der Deutsche Tag in Marienburg, der am  
letzten Sonntag stattfand, gefestigte sich zu einer gewaltigen  
Massenfundung des Deutschen. Über 30 000  
Westpreußen nahmen daran teil.  
Große Enttäuschung herrscht in dem gesamten  
Abfuhrgebiet über die widerrechtliche Beschlagnahme  
des Dr. v. Soltum, des Leiters der deutschen Zentrale  
für das Abfuhrgebiet, bei einer Durchreise durch  
den Korridor. Selbst die Internationalisierte Kommission  
empfiehlt. Der Leiter, der italienische Admiral Bavia,  
hat energische Schritte bei der polnischen Regierung un-  
ternommen und hofft, Dr. v. Soltum freizubekommen.  
Die polnische Regierung hat sich jetzt bereit erklärt,  
Bügel mit Abfuhrberechtigung durch den Weichsel-  
korridor durchzulassen. Die deutschen, polnischen und  
internationalen Abfuhrvertreter unterhandeln darüber noch  
in Warschau.

## Zur Lage.

Der Steuerzahler vom Volk. Das Reichsfinanz-  
ministerium teilt mit: Es sind Gerüchte im Umlauf,  
wonach im Reichsfinanzministerium zum Zweck der Um-  
gebung des Lohn- und Gehaltabzuges Vorauszahlung  
von Abgaben und Gehältern erfolgen soll. Diese Ab-  
gaben sollen nicht planmäßig zur Verfügung sein, daß  
ihre Verteilung die notwendigen Bestimmungen gar nicht  
fehlen. Solche Steuererhebungsvorhaben sind gesetzlich  
absolut unzulässig. Ein Arbeitgeber, der solche  
Bestrebungen machen würde, ist nach dem Einkommensteu-  
ergesetz strafbar und macht sich außerdem der  
Steuerhinterziehung schuldig. Die Vorstände der ein-  
zelnen Verbände würden im Falle solcher Ver-  
stöße zu verurteilen und strafrechtlich zur Ver-  
antwortung gezogen werden.

Die Ergebnisse der Groß-Berliner Gemein-  
wahlen liegen nunmehr aus sämtlichen 15 Wahlkreisen  
vor. Danach entfielen auf die einzelnen Parteien an  
Stimmen:

Deutschnationale Volkspartei	203 960
Deutsche Volkspartei	267 011
Zentrum	61 347
Deutschnationalistische Partei	115 391
Christlich-sozialistische Vereinigung	65 980
Sozialdemokratische Partei	439 252
Unabhängige sozialistische Partei	688 716
Frauen:	101 111

Zum ganzen sind 1 792 568 Stimmen abgegeben  
worden. Die beiden sozialistischen Parteien zusa-  
men werden also im neuen Groß-Berliner Parlamen-  
t über die absolute Mehrheit verfügen. Sie haben am